

## Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 25.04.2024  
Beginn: 17:02 Uhr  
Ende: 18:35 Uhr  
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),  
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende

Beigeordnete Waltraud Friedemann

#### stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Lukas Lohmann

#### Mitglied

Ratsherr Dr. Volker Grasemann

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsherr Dirk Dräger

Ratsherr Guido Franke

#### Vertreter

Ratsfrau Ute Bertram

Ratsherr Thomas Probst

#### Bürgerdeputierte

Frau Nadine Meier

#### Bürgerdeputierter

Herr Kai Friedemann

### **Abwesend:**

#### Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsfrau Nadine Fischbock

Ratsherr Christian Voit

#### Bürgerdeputierter

Herr Dr. Volker Bullwinkel

#### Bürgerdeputierte

Frau Anna Clausnitzer

Frau Jutta Eilert

### **Von der Verwaltung:**

Bürgermeister Bernd Beushausen (bis 17:55 Uhr)

Frau Dr. Sonja Granzow

Frau Jennifer Holzgreve

Herr Aaron Voß

Frau Scarlett Springmann (Protokollführerin)

### **Presse:**

Herr Thomas Jahns (AZ)

## Öffentlicher Teil

### 1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Friedemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

### 2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 05.03.2024**

Das Protokoll wird nachgereicht.

### 3. **Bericht über die aktuelle Flüchtlingslage**

Herr Beushausen lobt das Team der Integrationshilfe für seine hervorragende Arbeit und merkt an, dass es bei der Unterstützung in der Wohnraumvermittlung an seine Grenzen kommt. Die Zuweisungszahlen des Landkreises sind zurzeit gleichbleibend. Es bleibt herausfordernd, die Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis funktioniert gut.

Frau Bertram fragt, wie mit den Kindergartenkindern umgegangen wird.

Frau Holzgreve erklärt, dass die Flüchtlingszahlen in der Bedarfsplanung berücksichtigt sind und zurzeit alle gut bedient werden können. Die Kita Lützowstraße bleibt weiterhin mit einer Gruppe in Betrieb. Die kommunale Integrationshilfe fordert die Eltern auf, die Kinder für den Kindergarten anzumelden, aber es besteht keine Pflicht. Es gibt Unterschiede. Die Ukrainer zeigen mehr Interesse an der Kinderbetreuung, weil sie es aus ihrer Heimat kennen. Außerdem dürfen die Ukrainer einer Beschäftigung nachgehen und brauchen dann oft dringender eine Kinderbetreuung. Die Flüchtlinge im Hotel brauchen erstmal einen adäquaten Wohnraum und die Kinder sollten nicht ständig die Einrichtung wechseln müssen.

Herr Beushausen ergänzt, dass es für die Integration wichtig ist, die Kinder im Kindergarten betreuen zu lassen, aber dies nicht von allen gewünscht ist. Anders ist es bei der Schulpflicht. Die Bürgerschule und Dohnser Schule sollen genug Kapazität haben, stehen aber vor einer größeren pädagogischen Herausforderung. Bei der Kitabedarfsplanung wird von den Geburtenzahlen ausgegangen, seit dem Ukrainekrieg können ein bis eineinhalb Gruppen mehr gerechnet werden. Auch er macht deutlich, dass es aufgrund der Rechtskreise mit Bürgergeld und Asylleistungen Unterschiede gibt und dadurch verschiedene Ansprechpartner.

### 4. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

## 5. Neuausrichtung des Amtes für soziale Angelegenheiten; Vorlage: 351/XIX

Frau Friedemann erklärt, dass die Vorlage nachgereicht worden ist und am Vortrag auch die Anlage 2 kam. Die Sozialraumkonferenz galt als Auslöser zum Handeln und für die vorgeschlagene Umstrukturierung.

Frau Dr. Granzow berichtet, dass in der Sozialraumkonferenz deutlich geworden ist, dass Handlungsbedarf besteht, Methoden und Projekte sind genannt worden. Durch den Ansatz der kommunalen Präventionsketten sollen vernetzte Strukturen transparent, gestärkt und ausgebaut werden. So kann bedarfsgerecht auf schwierige Lagen reagiert werden und Projekte passgenau installiert und ausgebaut werden. Diese neuen Herausforderungen fallen unter den Begriff der Sozialraumplanung. Es geht nicht ohne die Netzwerke und die Politik. Konzepte müssen geschrieben werden und Fördermittel akquiriert werden. Als Hauptprojekt gilt das Familienzentrum. Eine Konzeption des Familienzentrums liegt als Vorlage dem Ausschuss vor. Das Amt für soziale Angelegenheiten soll in drei Bereiche strukturiert werden. Dafür soll eine Stelle zur Qualitätssicherung im Kitabereich geschaffen werden, dessen Aufgaben derzeit zum größten Teil von Frau Holzgreve übernommen werden. Sie könnte somit entlastet werden und sich der Sozialraumplanung widmen. Es handelt sich um Personalkosten in Höhe von 74.000 €. Die Integrationshilfe soll weiterhin bestehen bleiben. Die Teil- und Vollzeitstellen sollen entfristet werden.

Frau Dr. Granzow erklärt, dass es in dem ersten und dritten Beschlussvorschlag heißen muss, dass der Rat beschließt. Der dritte Beschluss bezieht sich auf die Stelle im Familienzentrum, indem nur der Stellenplan ausgeweitet werden soll. Die Stelle wird nur mit bewilligten Fördergeldern besetzt.

Herr Franke fragt, ob die Stellen in den freiwilligen oder pflichtigen Aufgabenbereich fallen. Er verweist auf die 1,7 Mio. € Bedarfszuweisungen, die nur gewährt werden, wenn die Stadt an freiwilligen Ausgaben einspart.

Frau Dr. Granzow antwortet, dass es keine klare Trennung gibt und die Stellen in beide Bereiche fallen. Sie erklärt, dass das Familienzentrum dieses Jahr gestartet werden muss, um Fördermittel des Landkreises zu erhalten. Trotz Aufstellen des Haushaltssicherungskonzeptes besteht dringender Handlungsbedarf und auch ein Spielraum. Das Land sah eine Befürwortung des Themas für Bedarfszuweisungskommunen. Die Themen bedingen sich.

Herr Franke fordert eine Abbildung des Haushaltssicherungskonzeptes neben der Stellenausweitung. Er sieht, dass ggf. auch Personal frei wird bei Einsparungsmaßnahmen.

Frau Bertram verlangt die Unterstützung des Landkreises bei solchen Zahlen. Er ist Träger der Jugendhilfe. Sie befürwortet die Schaffung einer Anlaufstelle und sieht die Aufgabe in der Zukunft als Pflichtaufgabe. Ansonsten kommen die größeren Ausgaben später.

Frau Friedemann betont, dass die Sozialraumkonferenz einen Grund hatte und der Runde Tisch Kinderarmut den Bedarf gesehen hat. Sie macht deutlich, dass das Familienzentrum für alle in Alfeld gedacht ist und berichtet zugleich von kritischen Stimmen, dass alles Geld nach Alfeld geht. Sie befürwortet eine stärkere Werbung fürs Café Kinderwagen, welches in anderen Kommunen wesentlich bekannter ist. Sie fragt auch, ob das Ehrenamt im Familienzentrum installiert ist. Einerseits sollen mehr Ehrenamtliche gesucht werden, andererseits meldet der Landkreis eine gute Grundlage.

Herr Beushausen erklärt noch einmal, dass, um Bedarfszuweisungen zu erhalten, 1,7 Mio. Euro in drei bis fünf Jahren eingespart und bis zum 30.06. an das Ministerium gemeldet werden sollen. Öffnungszeiten wie bspw. im Bürgeramt sollen gekürzt, freiwillige Leistungen reduziert werden. Er sieht in der Leistungsreduzierung nicht unbedingt, dass das Personal frei wird. Verständlich ist die Frage, ob die Stadt sich nicht selbst torpediert, wenn sie Neues hinzufügt. Aber er verneint dies. Die Integration ist eine pflichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die

Aufgabenwahrnehmung ist notwendig für den Landkreis. Vertraglich schriftlich werden nur die Fördermittel geregelt. Bis Mai muss die Entscheidung zum Familienzentrum fallen. Zeitlich gesehen gibt es einen Spannungsbogen. Dann liegt aber auch die Liste mit den Einsparungen im freiwilligen Bereich vor. Das Vorhaben hindert die Stadt nicht im Bereich der Bedarfszuweisungen. Das Familienzentrum wäre ein Mehrwert für die Stadt, weil es für alle Familien eine Anlaufstelle ist.

Herr Dr. Grasmann findet vernetztes Arbeiten effektiver und befürwortet die Zusammenarbeit von Kita und Integrationshilfe. 10.000 € vom Landkreis sollen nicht 1,7 Mio. € verhindern. Handelt es sich um eine pflichtige Aufgabe, ist es unschädlich.

Frau Friedemann gibt nochmal den Ablauf wieder. Den Fraktionen liegen nun alle Informationen vor und es kann sich noch einmal beraten wurden um dann am 13.05.2024 bei dem nächsten Jugend- und Sozialausschuss eine Entscheidung zu treffen. Es besteht keine Zeitverzögerung, wenn bei der heutigen Sitzung nicht beschlossen wird.

Frau Dr. Granzow geht erneut auf die Beschlüsse ein. Der erste beinhaltet die Stellenausweitung, damit die beschriebenen sozialen Themenbereiche überhaupt bearbeitet werden können. Der zweite ist für die Weiterführung der Integrationshilfe und der dritte für die Möglichkeit, eine Personalstelle im Familienzentrum bereitzustellen, wenn die Fördermittel fließen sollten. Es sind drei unterschiedliche Beschlüsse. Die Umstrukturierung kann befürwortet werden, auch ohne eine Zustimmung für das Familienzentrum oder eine Zustimmung für Erweiterung des Familienzentrums um die geförderte Stelle.

Herr Franke bringt die Kindergrundsicherung ins Spiel. Hier ist der Bund in der Zuständigkeit. Das Familienzentrum einer Kommune kann und soll diese Zuständigkeitsbereiche nicht übernehmen. Es kann sich nur um ein ergänzendes Angebot handeln, welches sich an alle Familien und Kinder richtet.

Herr Beushausen erklärt, dass im Familienzentrum keine Leistungen ausgezahlt werden. Der Landkreis, das Jobcenter und die Bundesagentur sind zuständig. Sie werden ins Netzwerk eingebunden, aber es besteht keine Abhängigkeit.

Frau Dr. Granzow hebt die Flexibilität hervor, die durch die Schaffung der vernetzten Strukturen entsteht und wodurch schnellere Hilfen entstehen können.

Frau Holzgreve ergänzt, dass es auch viele Eltern gibt, die ihr niedriges Einkommen aufstocken müssen und den Weg in die Behörden scheuen. Das Familienzentrum soll ein niederschwelliges Angebot sein, um Hemmschwellen abzubauen.

Sie stellt das Konzept des Familienzentrums anhand der Anlage 2 vor und erklärt die Pläne für den Standort, die Ziele, die Öffentlichkeitsarbeit und die mögliche Angebotsstruktur in Abstimmung mit dem Landkreis sowie auch die Kosten.

Frau Friedemann befürwortet die Innenstadtlage. Auch der Kinderschutzbund und die Stadtpiloten verzeichnen mit ihrer Lage mehr Kunden. Außerdem muss 2024 begonnen werden, da der Landkreis die 10.000 € sonst anderweitig vergibt.

Frau Dr. Granzow erklärt die nicht angegebenen Mietkosten damit, dass man sich die Verhandlungsposition nicht verderben wollte. Sie möchte die Integrationshilfe weiterführen und das Amt umorganisieren. Der Landkreis Hildesheim behandelt das Thema am 12.06.2024 im Ausschuss. Ob es mit der Förderung klappt, entscheidet sich im Juni 2024. 15 von 60 Anträgen werden bezuschusst. Es kann sich jedes Jahr beworben werden, wodurch die Chancen mit der Zeit steigen.

Frau Bertram fragt nach der Höhe des Förderbetrages.

Frau Holzgreve erklärt, dass es sich um 180.000 € von der N-Bank u handelt.

Frau Dr. Granzow ergänzt, dass es 60.000 € jährlich für Personalkosten über drei Jahre sind.

Frau Friedemann bedankt sich für das Engagement.

Frau Bertram stellt klar, dass die Priorität auf der Umstrukturierung des Amtes liegt. Das Familienzentrum geht nicht ohne die zusätzliche Stelle und die Entfristung in der Integrationshilfe. Auf der Kreisebene gab es leider keine Mehrheit für die Unterstützung der Integrationsarbeit. Sie findet es aber großartig und hofft auf baldiges Loslegen. Sie sieht wenig Bedenken in der CDU für die Integrationshilfe. Auch die Kitagruppen sollen ausgeweitet werden und die Platzvergabe zentral erfolgen.

Frau Friedemann fragt nach dem Tagespflegeangebot.

Frau Holzgreve berichtet, dass die Krippenplätze eng bedient werden. Der Landkreis will auch Kinder aus prekären Verhältnissen unterbringen. Die Tagespflege ist ein verlässliches System, aber es bröckelt. Eine Großtagespflegestelle hat sich aufgelöst, vier Plätze gingen verloren. Der Ausbau ist mühsam, was u.a. an der Selbstständigkeit der Tagesmütter liegt.

## 6. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Voß berichtet, dass das Projekt Pimp Your Town vom 28.-30.10.2024 von 8-13 Uhr in der VHS stattfindet. Am ersten Tag gibt es einen Crashkurs für die Schüler über Kommunalpolitik. Am zweiten Tag werden erst neun Ratsmitglieder benötigt und später drei. Am dritten Tag wäre für die Ratssitzung eine große Zuschauermenge wünschenswert mit dem Vorsitz durch den Bürgermeister. Er wird nochmal eine Umfrage und das Handbuch per Mail herumschicken. Herr Voß wird abstimmen lassen, ob es ein Zoom-Meeting am 23. oder 24.10.2024 als einstündiges Coaching um 18 Uhr geben soll.

Herr Lohmann bittet die Ausschussmitglieder in den Fraktionen zu werben und auch eine Rückmeldung zu geben. Gerne können auch mehr Ratsmitglieder teilnehmen.

Frau Dr. Granzow macht deutlich, dass die Jugendlichen begeistert werden sollen, aber auch die Gelegenheit besteht, zu sehen, wie Jugendliche mit dem Thema umgehen.

## 7. Anfragen

Frau Bertram fragt nach der Betreuungssituation in der Gabelsberger Straße und der Personalsituation dort.

Frau Holzgreve erklärt, dass es dort Personalveränderungen gab und die Kita mit der Leiterin Frau Scholz eine gute Entwicklung erlebt und enger Kontakt zu den Eltern besteht. Der hohe Krankenstand konnte auch durch die Zeitarbeit nicht ausgeglichen werden. Das sind aber Phasen. Neues Personal ist schon aktiviert, aber im laufenden Kitajahr ist es generell schwierig neues Personal zu gewinnen.

Frau Friedemann schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

Die Vorsitzende:

Bürgermeister

Protokollführerin